

COSTA RICA: Moratorium gegen Erdölförderung bleibt vorerst bestehen

10.10.2011 15:04

(Lima, 29. September 2011, noticias aliadas-poonal).- In Costa Rica bleibt das Moratorium gegen die Erkundung und etwaige Förderung von Erdöl- und Erdgasvorkommen vor der nördlichen Pazifikküste des Landes bestehen. Ein Widerspruch des US-amerikanischen Erdölunternehmens Mallon Oil Company wurde am vergangenen 23. September abgelehnt. Über weitere Einsprüche des Erdölkonzerns ist jedoch noch nicht entschieden.

Das Moratorium wurde im Sommer 2011 verhängt und soll drei Jahre gelten. Erdölkonzerne, denen zuvor bereits Lizenzen erteilt worden waren, haben bisher vergeblich versucht, die Richtlinie zu kippen.

Eilantrag von Mallon Oil abgelehnt

Die US-amerikanische Firma Mallon Oil Company, vertreten durch die Black Hill Corporation, hatte am vergangenen 7. September vor dem Verfassungsgericht des Landes einen Eilantrag präsentiert, in dem das Unternehmen damit argumentiert, dass der Staat die im Jahr 2000 erteilte Lizenz zur Erkundung und Förderung von Erdöl und Erdgas an Costas pazifischer Nordküste respektieren müsse.

Am 23. September hatten die VerfassungsrichterInnen die Eingabe abgelehnt, mit der die Mallon Company die Unterschrift unter den Vertrag durch eine verwaltungsrechtliche Klage hatte erwirken wollen. Ein Widerspruch gegen das Nationale Sekretariat für Umwelt und Technik SETENA (Secretaría Técnica Nacional Ambiental) des Ministeriums für Umwelt und Energie MINAE (Ministerio del Ambiente y Energía), weil diese Behörde eine neue Umweltsstudie von der Firma gefordert hatte, wird derzeit allerdings noch vom Gericht geprüft.

Chinchilla will Ausrichtung auf erneuerbare Energien

Seit der Lizenzvergabe an die Mallon Oil Company hat es über 200 Eilanträge gegeben. Damit wurde bisher verhindert, dass die Firma gemäß der Lizenz mit ihrer Arbeit beginnt. Meistenteils wurden bei den Einsprüchen Umweltrisiken als Grund angeführt.

Laura Chinchilla, die im Mai 2010 zur Präsidentin gewählt worden war, hatte verkündet, das Land werde sich darauf konzentrieren, seinen Energiebedarf aus anderen Quellen als Erdöl, Erdgas oder Kohle zu decken, da die dadurch entstehenden Schäden größer als deren Nutzen seien. Sie verfügte ebenfalls ein Moratorium gegen den Abbau von Goldvorkommen im Tagebau.

Quelle: [poonal](#)

[Zurück zur Newsübersicht](#)